

## Niederschrift Nr. 1 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

**Sitzungstermin:** Mittwoch, 06.12.2006  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 18:55 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verwaltungsgebäude II  
**Den Vorsitz führte:** Rico Mecklenburg

### Anwesend:

SPD-Fraktion  
Burfeind, Heidrun  
Götze, Horst  
Jahnke, Horst  
Mecklenburg, Rico  
Schulze, Kai-Uwe  
Swieter, Benjamin  
Wessels, Johann

CDU-Fraktion  
Bongartz, Helmut  
Orth, Petra

bis 18.43 Uhr

FDP-Fraktion  
Ammersken, Heino  
Eilers, Hillgriet

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Renken, Bernd

Fraktion DIE LINKE.  
Graf, Wilfried

für Herrn Koziolk

Verwaltungsvorstand  
Lutz, Martin Erster Stadtrat

von der Verwaltung  
Denkmann, Dieter  
Mannott, Hilko  
Mansholt, Dieter  
Philipps, Egon  
Wegbänder, Martin

Protokollführer/innen  
Stromann, Nicole

## Niederschrift Nr. 1 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

### Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Mecklenburg** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr.

#### Beschluss:

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

#### Beschluss:

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner stellt die Frage wie man, wie in 2006 geschehen, acht Monate ohne gültigen Haushaltsplan wirtschaften könne.

**Herr Lutz** erläutert die durch Gesetz geregelte vorläufige Haushaltsführung, die sicherstelle, dass angefangene und gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben fortgeführt werden könnten.

### **B E S C H L U S S V O R L A G E N**

TOP 4 Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2007  
Vorlage: 15/0073

**Herr Mecklenburg** gibt das Wort an **Herrn Lutz** ab. Dieser stellt die Vorlage 15/0073 vor und geht mit einer Präsentation auf das Budgetbuch der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2007 ein. **Herr Lutz** zeigt den Aufbau des Budgetbuches. Eine Übersicht hierüber ist dem Protokoll beigelegt.

Anschließend erläutert er die Finanzsituation der Stadt Emden, indem er einen Ausblick auf die Entwicklungen des Defizits der nächsten Jahre gibt. Er merkt an, dass hierbei berücksichtigt werden müsste, dass ab 2006 Defizite der Vorjahre mitzutragen waren. Ohne Defizit 2005 sei der Haushalt 2007 ausgeglichen.

Die Gesamtverschuldung werde mit dem Haushalt 2007 ca. 99 Millionen Euro betragen, wobei zu berücksichtigen sei, dass in letzter Zeit immense Investitionen im Schulbereich getätigt worden seien. Die Schuldengrenze sei somit erreicht, eine weitere Nettoneuverschuldung dürfe es nicht mehr geben.

## Niederschrift Nr. 1 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Durch strikte Ausgabendisziplin könne jedoch das Haushaltsdefizit ab dem Haushaltsjahr 2007 abgebaut werden. In diesem Zusammenhang sagt **Herr Lutz** zu, den neuen Ratsmitgliedern eine Kopie des Haushaltskonsolidierungsbeschlusses zur Verfügung zu stellen und lobt noch einmal das deutliche Kostenbewusstsein von Rat und Verwaltung und die Zurückhaltung des Rates bei neuen Leistungen.

Im Anschluss daran legt **Herr Lutz** bedeutende Aufgaben der nächsten Jahre dar. Eine der größeren Aufgaben sei die Umstellung des Rechnungswesens von der Kameralistik zur Doppik / NKR. **Herr Lutz** stellt die bereits eingerichtete Arbeitsgruppe NKR/Doppik vor (Anlage). Des Weiteren bittet er die Fraktionen, Mitglieder aus ihrer Gruppe zu benennen, die bereit seien, sich auf dem Gebiet der Doppik / des NKRs fortzubilden, ggf. auch in einem Inhouse-Seminar, damit auch hier eine optimale Zusammenarbeit von Verwaltung und Rat für die Aufgabe der Einführung und ihrer Problematiken bestehe.

**Herr Mecklenburg** bedankt sich bei Herrn Lutz für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Jahnke** geht auf die geplanten Einnahmen ein und fragt, ob die prognostizierte Steigerung der Gewerbesteuereinnahmen um 10% eine positive oder pessimistische Einschätzung sei. Zudem würde er gerne wissen, wie viel im Budget 2007 für Straßenbaumaßnahmen und Unterhaltung der öffentlichen Gebäude eingeplant sei. Er sei der Meinung, dass wegen benötigter Sparmaßnahmen der Ansatz nicht auf Null gesetzt werden könne, da Sanierungen der Straßen/Gebäude unabdingbar seien. Ebenso fragt er, wie viel Defizit noch fürs Hans-Susemihl-Krankenhaus ausgewiesen sei, da es noch als Eigenbetrieb geführt werde.

**Herr Lutz** merkt an, dass ein Defizit des Krankenhauses nicht ausgewiesen werden müsste. Das Krankenhaus werde als GmbH geführt, auf der betroffenen Seite im Budgetbuch befände sich lediglich ein Druckfehler.

Anschließend geht er auf die Veranschlagung der Gewerbesteuer im Budgetbuch 2007 ein. Im Ergebnis stellt er fest, dass die Prognose der Steigerung von 10% weder pessimistisch noch optimistisch, sondern realistisch sei.

Zur Frage des Ansatzes für Straßen und öffentliche Gebäude verweist **Herr Lutz** auf Seite 64 des Budgetbuches. Dort seien für Unterhaltungsarbeiten 2,1 Millionen Euro ausgewiesen.

**Herr Ammersken** spricht sich befürwortend für eine neue Personalbedarfsermittlung aus, diese solle aber nicht an einen externen Berater vergeben, sondern intern organisiert werden.

**Herr Bongarts** geht auf die steigende Umsatzsteuer ein. Damit müsste sich auch der kommunale Anteil erhöhen. Im Budget-Buch sei aber noch der alte Stand ausgewiesen. Sei hier noch eine Änderung zu erwarten?

**Herr Renken** stellt die Frage, warum die freie Spitze 250.000 € betrage, real aber mit einer Nettoneuverschuldung gerechnet werde. Inwieweit spielt die Rücklage, die über der gesetzlichen Mindesthöhe läge, hier eine Rolle?

**Herr Lutz** erwidert, dass die Rücklage zwar leicht über dem gesetzlichen Muss liege, wir das Geld jedoch als Puffer in der Rücklage behalten würden.

**Herr Lutz** erläutert, in der Vergangenheit sei die Umsatzsteuer zu hoch eingeschätzt worden, der jetzige Ansatz sei stimmiger. Der Bund wollte eigentlich bereits 2006 den Kommunen einen Anteil der Umsatzsteuer abgeben, dies sei jedoch auf 2009 hinausgeschoben worden. Die Kla-

## Niederschrift Nr. 1 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

ge der Stadt Osnabrück gegen die Kommunale Finanzausstattung könne dort einen Vorstoß geben.

Anschließend erläutert **Herr Lutz**, dass der Ansatz auf der Haushaltsstelle „Kosten der Verwaltungsmodernisierung“ erhöht worden sei, da eine erneute Personalbedarfsermittlung extern vergeben werden solle. Er stimmt Herrn Ammersken jedoch zu, dass die Verwaltung gemeinsam mit dem Rat versuchen solle, dies intern zu regeln. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass bei der neuen Personalbedarfsermittlung die Aufgabenkritik mit eingebracht werden solle.

**Herr Ammersken** äußert sich positiv über das im Rahmen des Vortrages von Herrn Lutz geäußerte Ziel, Rahmenbedingungen für Familien unter Berücksichtigung des demographischen Wandels zu entwickeln und würde gerne wissen, ob diese bereits mit einem Ansatz ins Budgetbuch aufgenommen worden sei.

**Herr Lutz** entgegnet hierzu, dass es eher als Platzhalter für zukünftige Jahre gedacht sei. Zurzeit könne dieses Ziel aufgrund des Haushaltsdefizits leider nicht intensiv verfolgt werden. Bei Besserung der Finanzlage solle dieses Ziel jedoch wieder aufgegriffen werden.

**Herr Renken** spricht die vielfach, unter anderem auch durch den Städtetag, geäußerte Kritik an den Kosten für die Umstellung zum NKR / zur Doppik an und möchte wissen, wie viele Kosten durch die Umstellung auf die Stadt zukommen.

**Herr Lutz** erwidert, dass der größte Teil der Kosten schon im Jahr 2000 angefallen sei, da man damals mit „Infoma“ bereits ein Buchungssystem gekauft habe, was für die Doppik genutzt werden könne. Was jetzt auf die Stadt noch zukomme, seien hauptsächlich die Kosten für die Vermögensbewertung, die gemacht werden müsste, um die Eröffnungsbilanz zu erstellen. Die Kosten hierfür können aber noch nicht auf Jahre ermittelt werden. Nach der Weiterbildung der Ratsmitglieder könnte man gemeinsam in der Arbeitsgruppe versuchen, die Kosten zu kalkulieren.

**Herr Bongartz** fragt an, ob die vom Land Niedersachsen zu erwartende Zahlung von 1,3 Millionen Euro eingeplant sei, um das Defizit abzusenken.

**Herr Lutz** antwortet, dass die Zahlung nicht anderweitig eingeplant sei und somit der Absenkung des Defizits zugutekomme.

**Herr Schulz** meldet sich zu Wort und möchte die in dem Vortrag getätigte Aussage, dass weitere grundlegende Einsparungen nur noch bei Leistungsverzicht möglich seien, näher erläutern.

**Herr Lutz** erläutert, weitere Einsparungen seien nur noch möglich, wenn Kürzungen im Bereich der freiwilligen Leistungen, wie z.B. Kindertagesstätten, Kultur und Sportförderung, durchgeführt würden, da alle anderen Möglichkeiten bereits ausgeschöpft seien. Hierüber müsste sich im Rahmen der Haushaltskonsolidierungsgruppe unterhalten werden.

### Beschluss:

Verweisung an die Fraktionen

Ergebnis: einstimmig

## **Niederschrift Nr. 1 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation**

TOP 5 Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden und der Betriebe 836 Rettungsdienst sowie 806 Gebäudemanagement bis 2010  
Vorlage: 15/0074

### **Beschluss:**

Verweisung an die Fraktionen

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 6 Haushaltsplan der Zusatzversorgungskasse der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2007  
Vorlage: 15/0076

### **Beschluss:**

Verweisung an die Fraktionen

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 7 9. Satzung zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung  
Vorlage: 15/0078

### **Beschluss:**

Dem Rat der Stadt Emden wird folgender Beschluss empfohlen:

Der Rat der Stadt Emden beschließt die Änderung der Vergnügungssteuersatzung in der als Anlage 1 zur Vorlage-Nr. 15/0078 beigefügten Form.

**Ergebnis:** einstimmig

## Niederschrift Nr. 1 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

TOP 8      Selbständige Wirtschaftsführung Kulturbüro  
Vorlage: 15/0084

**Herr Mecklenburg** gibt das Wort an **Herrn Lutz** ab, der die Vorlage vorstellt.

**Herr Renken** würde gerne wissen, ob die Änderung der Wirtschaftsführung mit den Betroffenen abgesprochen worden sei, ob zwischenzeitlich eine Zustimmung der Aufsichtsbehörde eingegangen sei und warum die Vorlage nicht im Kulturausschuss behandelt werde.

**Frau Eilers** mahnt an, dass die Entscheidung über die Änderung zu schnell gefällt werden solle. Sie sei der Ansicht, dass die Vorlage zunächst vom Kulturausschuss erörtert werden müsste, da durch die Änderung der Wirtschaftsführung auch zukünftige Entscheidungen der Ratsmitglieder betroffen seien. Zudem fragt sie an, ob es Erfahrungswerte gebe, auf wen der einzelnen Partner in Vergangenheit wie viele Kosten gefallen seien, ob durch die veränderte Wirtschaftsführung auch die Aufgabenstruktur verändert werde und ob bisherige Aufgaben des Kulturausschusses zum Kulturbüro abgezogen würden.

**Herr Mansholt** erläutert, dass die Vorlage auf den Wunsch der Volkshochschule zurückgehe. Bereits seit mehreren Jahren fände die Zusammenarbeit auf freiwilliger Basis statt, daher werde es auch keine Änderungen in den Aufgaben geben. Es werde lediglich ein eigenständiges Budget separiert, um die Zusammenarbeit nicht durch Geld-Diskussionen zu stören. In der Vergangenheit sei diese Problematik durch die Nutzung einer provisorischen Haushaltsstelle umgangen worden, dies sei jedoch keine langfristige Lösung. Es würden sich somit nur die Buchungsstellen ändern, daher sei die Vorlage auch direkt in den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation und nicht in den Kulturausschuss geleitet worden.

Im Anschluss daran zeigt **Herr Mansholt** auf, dass durch die selbständige Wirtschaftsführung zusätzlich mehr Transparenz geschaffen werde, da ein eigener Wirtschaftsplan aufzustellen sei, den der Rat dann einzeln beschließen werde. Zudem sei der Wirtschaftsplan auch im Kulturausschuss zu diskutieren und dem Ausschuss sei ein jährlicher Bericht der Aufgaben zu geben. Eine Minderung der Aufgaben des Kulturausschusses werde somit auch hier nicht stattfinden.

Auf die Anfrage, ob bereits eine Zustimmung der Kommunalaufsichtsbehörde erfolgt sei, erwidert **Herr Mansholt**, dass die Behörde das Änderungs-Verfahren begleite, eine Zustimmung jedoch nicht erfolgen müsste, da die Änderung einer Wirtschaftsführung lediglich anzeigepflichtig sei.

**Frau Eilers** entgegnet, dass sie dennoch Beratungsbedarf in den Fraktionen sehe.

**Herr Mansholt** bittet um Nachsicht, dass der Ratsbeschluss mit der nächsten Sitzung am 14.12.2006 getroffen werden müsste, damit es keine Probleme bei der Abgrenzung im Haushalt 2007 gebe. Eine Umstellung zum 01.01.2007 würde dies verhindern.

**Herr Renken** hält eine Beschlussfassung ohne Beteiligung des Kulturausschusses trotz nachvollziehbarer Argumente für eine Übergehung desselbigen, da auch organisatorische Änderungen zu den Aufgaben des Kulturausschusses zählen. Probleme bei der Abgrenzung sehe er nicht, er bittet um Verweisung an den Kulturausschuss.

**Herr Lutz** bittet nochmals um Nachsicht, da es sich hier schließlich nicht um Organisationsstrukturen, sondern lediglich um eine buchhalterische Änderung handele. Wenn der Rat nicht in seiner Sitzung am 14.12.2006 über die Vorlage entscheide, könne im Haushaltsplan 2007 nur

## Niederschrift Nr. 1 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

die alte Variante ausgewiesen werden. Er bittet um Weitergabe der Vorlage an den VA mit dem Hinweis, dass in den Fraktionen Beratungsbedarf bestehe.

**Frau Eilers** wirft ein, dass es vielleicht hilfreich wäre, wenn den Fraktionen eine Ausfertigung des Vertrages zur Verfügung gestellt werden würde. Sie fragt an, ob die in der Begründung genannten Zahlen Bestandteil des Vertrages seien.

**Herr Mansholt** erklärt, dass keine formellen Verträge vorgesehen seien und dass die Zahlen nur einen buchungstechnischen Hintergrund hätten. Der Haushalt werde entlastet durch das Ausgliedern, da das Kulturbüro aber zuschussbedürftig sei, müsste das Defizit wieder im Haushalt ausgewiesen werden. Die Ausweisung der in der Begründung genannten Zahlen seien somit rein buchhalterisch begründet.

### Beschluss:

Verweisung an den Verwaltungsausschuss

Ergebnis: einstimmig

## ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

TOP 9 Änderung der Gesellschaftsverträge der Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH und der Stadtwerke Emden GmbH; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.11.2006  
Vorlage: 15/0083

**Herr Renken** äußert sich verwundert darüber, dass der Beschluss des Rates erst am 22.02.2007 gefasst werden solle und bittet um Erläuterung.

**Herr Lutz** begründet dies mit einer grundsätzlichen Überarbeitung der Gesellschaftsverträge, die bereits in Zusammenarbeit mit der kommunalen Prüfungsaufsicht begonnen habe. Eine jetzige Änderung würde daher keinen Sinn machen, da dies Mehrkosten verursachen würde.

**Herr Renken** versteht nicht, dass die Vorlage überhaupt in den Rat müsste, da antragsgemäß entschieden werden solle. Er bittet um jetzige Abstimmung.

**Herr Jahnke** pflichtet Herrn Renken bei, da die SPD dem Antrag zustimme.

**Herr Lutz** erinnert nochmals an die grundsätzliche Überarbeitung, die die vom Bündnis 90/Die Grünen geforderte Änderung beinhaltet.

**Herr Renken** zieht den Antrag zurück, da eine grundsätzliche Überarbeitung der Verträge von der Verwaltung in Vorbereitung sei.

### Beschluss:

Von der Antragstellerin zurückgezogen.

Ergebnis: einstimmig

## Niederschrift Nr. 1 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

TOP 10 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

**Herr Lutz** berichtet davon, dass die Prüfung der kommunalen Prüfungsanstalt ohne größere Beanstandungen beendet worden sei. Er weist darauf hin, dass voraussichtlich im Frühjahr noch ein Prüfungsbericht zur Verfügung gestellt werde, der dann auch an den Rat gehe.

Frau Orth verlässt die Sitzung um 18.43 Uhr.

TOP 11 Vorstellung des neuen Rats- und Bürgerinformationssystems  
Vorlage: 15/0087

**Herr Mannott** veranschaulicht das Rats- und Bürgerinformationssystem.

**Herr Mecklenburg** merkt an, dass das Passwort sehr kompliziert sei und fragt an, ob man es manuell ändern könne.

**Herr Mannott** erwidert, dass dies leider nicht möglich sei.

TOP 12 Anfragen

**Frau Eilers** fragt, warum das Protokoll der letzten Sitzung nicht beschlossen werde.

**Herr Lutz** erklärt, dass in der ersten Sitzung der neuen Legislaturperiode kein Protokollbeschluss stattfinde. Einwendungen gegen das Protokoll der vorherigen Sitzung müssen schriftlich eingereicht werden.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.